

Politik wird als unaufrichtig wahrgenommen

Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Unzufrieden mit der Demokratie“, FR-Politik vom 26. April

Auch ich höre in meinem Umfeld in letzter Zeit eine Unzufriedenheit mit unserer Demokratie. Ich habe meine eigene Einschätzung bezüglich der Gründe. Ein Grund ist für mich, dass Wahlauaussagen, Programme und Koalitionsverträge oft als Versprechen aufgefasst werden. Wer so spricht, versteht nicht das Wesen unserer Demokratie. Politik kann eigentlich keine Versprechen geben. Parteien und Politiker können nur Absichtserklärungen unter Vorbehalt ungezwungen und der Einflussnahme von Lobbyverbänden äußern.

Zudem entscheiden in der Bundespolitik über den Bundesrat die Länder mit ihren je eigenen, veränderlichen Interessen die meisten bundespolitischen Vorhaben mit. Regierungen müssen inzwischen meist Dreier-Koalitionen und harte Kompromis-

se schließen. „Versprechen“ können also nur enttäuscht werden und zu Unzufriedenheit führen. Regierungen jeglicher Zusammensetzung leisten der Enttäuschung Vorschub, indem sie vollmundige Ankündigungen machen, die sie nur unter den allgünstigsten Voraussetzungen umsetzen können. Zudem scheinen Politiker nicht fähig oder willens, selbstkritisch Fehler oder Fehleinschätzungen zuzugeben, obwohl das menschlich wäre. Sie neigen zur Schönrederei. All diese Umstände befördern Unzufriedenheit mit dem System Demokratie.

Volksabstimmungen führen nicht automatisch zu besseren Entscheidungen. Die Masse der Wähler hat weniger Expertise oder sehr oft wenig Interesse an Politik. Wähler treffen überwiegend Bauchentscheidungen. Zudem sind sich auch die Wähler

uneins. Außerdem ist die Beteiligung in aller Regel gering – unterhalb der Parlamentswahlen. Die Expertokratie ist nur scheinbar besser. Auch Experten haben verschiedene Auffassungen und können sich irren.

Was hilft, ist m.E. eine Politik, die sich wirklich am Gemeinwohl orientiert und nicht an den Kapitalinteressen. Betriebs- und Volkswirtschaft sollten sich am Gemeinwohl orientieren. Die Schonung, ja Förderung der Reichen muss ein Ende haben. Ein wesentliches Werkzeug wäre eine entsprechende Steuer-, Sozialabgaben-, Subventions-, Gesundheits-, Boden- und Wohnungsbaupolitik. Das bestätigt die Demokratie-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Hinzu müsste Aufrichtigkeit.

Ulrich Horstmann, Bremen

Diskussion: frblog.de/demokratie

Demokratie im eigentlichen Sinn

Wahl zum Regierenden Bürgermeister in der Hauptstadt: „Berliner Menetekel“, FR-Meinung vom 29. April

Ich verstehe diese Aufregung nicht. Sie erscheint mir übertrieben. Wieso Menetekel? Wie kommt man aufgrund der Berliner Wahl zu dem Schluss, dass unsere Demokratie nicht so stabil ist, wie viele denken?

Wir erinnern uns an die Wahl von Ernst Albrecht zum Ministerpräsidenten in Niedersachsen. Wie war das mit der Wahl bzw. Nicht-Wahl von Heide Simonis in Schleswig-Holstein? Wurde damals auch die Demokratie in Gefahr gesehen? Zugegeben, es gab damals keine AfD in den Landtagen oder im Bundestag. Warum

wird aus einem etwas undurchschaubaren und unerwarteten Abstimmungsverhalten gleich der drohende Untergang des Abendlandes abgeleitet?

Problematisch ist für mich, dass in Deutschland eine Regierung immer (!) eine Mehrheit im Parlament haben „muss“, was auch dazu führen kann, dass man, um dies zu erreichen, mit Parteien koalitiert, mit denen man besser nicht zusammenarbeiten sollte (die Ampel-Koalition ist ein gutes Beispiel dafür). Minderheitsregierungen sind anscheinend nicht „denkbar“. Hebt

eine Mehrheitsregierung (bei Fraktionszwang) nicht faktisch die Gewaltenteilung auf? Kann man als Minderheitsregierung eine Politik machen, der auch die Opposition zustimmen kann? Ist das nicht Demokratie im eigentlichen Sinne? Aber wechselnde Mehrheiten gelten in Deutschland als unsicher. Müssen sie das sein? Manchmal drohen Demokratien Gefahren aus ganz anderen Ecken als angenommen.

Rüdiger Erdmann, Pattensen

Diskussion: frblog.de/demokratie

Eine peinliche Darmblähung, nichts weiter

175 Jahre nach der Paulskirche: „Erinnerungskultur ist heute etwas anderes als vor 30 Jahren“, FR-Feuilleton vom 22. April

Widerstand braucht Plätze für Versammlungen

Ina Hartwig hat im Interview unter anderem die aktuellen Gefährdungen der Demokratie in verschiedenen Ländern beschrieben, bis hin zur Warnung, dass auch in Frankreich autokratische Tendenzen aufkommen könnten. Dabei vermisst man aber ein Statement zur aktuellen Situation in Deutschland. Nur zur Erinnerung: Vor wenigen Monaten wurde hierzulande eine Verschwörergruppe von mehreren Dutzend Personen (darunter aktive Soldaten und Polizisten) enttarnt, die einen bewaffneten Staatsstreich geplant hatten. Darüber wurde zwar in den Medien zeitnah berichtet, aber schon bald danach wurde dieses Thema von manchen verharmlost und von den meisten totgeschwiegen – so als hätte da nur jemand eine peinliche Darmblähung freigesetzt, über die man nun aus lauter Höflichkeit großzügig den Schleier gnädigen Vergessens sinken lassen wolle. Der Demo-

kratie tut man so keinen Dienst. Die notwendige Nachbehandlung würde viel intensiver erfolgen, wenn da linke Verschwörer am Werk gewesen wären.

Sollte es zu einem Putsch kommen, wird sich das Geschehen zunächst auf die Hauptstadt Berlin konzentrieren. Frankfurt und der Paulsplatz können dann als Kristallisationspunkt des demokratischen Widerstands eine wichtige Rolle spielen. Allerdings nur, wenn es einen zentralen Platz gibt, auf dem sich zehntausende Demokraten versammeln und ihre Botschaft verbreiten können – selbst wenn das Internet gestört sein sollte.

Das geplante Haus der Demokratie lässt sich leicht im Sitz der Stadtkämmerei (Paulsplatz 9) einrichten – ein durchaus ansehnliches Gebäude direkt neben der Paulskirche, in dem man ausreichend Räumlichkeiten bereitstellen könnte. So könnte man einen Innenhof der Stadtkämmerei mit einem Glasdach versehen, wenn große zusammenhängende Flächen benötigt werden. Die Vorteile eines

solchen „Bauens im Bestand“: Kostengünstig, weniger Planungsaufwand, schnelle Realisierung, keine Beeinträchtigung des bestehenden Umfelds, sowie klimaschonender, CO₂-sparend und damit auch wegweisend, was der Aufgabenstellung „Haus der Demokratie“ gut entspricht.

Gerhard Schwartz, Frankfurt

Geht die Macht wirklich vom Volk aus?

Die größte Bedrohung der Demokratie sehe ich in der Arroganz der Verwaltungen auf allen Ebenen, wo sich die Beamten aufzuführen, als wären sie die Ersatzkönige oder Regenten. Diese Leute vergessen, dass sie die Angestellten der Bevölkerung sind, was dazu führt, dass die Bevölkerung denkt: „Die da Oben machen ja doch, was sie wollen“. Da geht keine Macht vom Volke aus. Dieses Verhalten führt auch zum Desinteresse an Wahlen, aber Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Karl-Wolfgang Kaiser, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/demokratie



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums sind auch online veröffentlicht: im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230503

FR ERLEBEN

Karin Dalka und Friederike Meier moderieren eine Diskussionsveranstaltung von FR und Karl-Gerold-Stiftung: „Schafft Deutschland die Klimawende?“ Auf dem Podium: Claudia Kemfert (Energie-Ökonomin), Tarek Al-Wazir (stellv. Hessischer Ministerpräsident), Konrad Stockmeier (MdB FDP), Annika Rittmann („Fridays for Future“). Livestream: FR.de/eventvideo
Freitag, 5. Mai, 19 Uhr
Historisches Museum, Saalhof 1, Frankfurt

Bascha Mika moderiert die Gedenkveranstaltung zum 90. Jahrestag der Bücherverbrennung in Berlin im Jahr 1933: „Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“. Lesung und Gespräch u.a. mit Asli Erdogan, Felicitas Hoppe, Herta Müller, Peter Kraus vom Cleff, Moritz Rinke.
Sonntag, 7. Mai, 13 Uhr
Maxim Gorki Theater, Berlin

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Christiane Benner, stellvertretende Bundesvorsitzende der IG Metall, über den ökologischen Umbau der Industrie.
Montag, 8. Mai, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Die Politik hat das Sagen

Reformen bei der Bundeswehr: „Pistorius dreht auf“, FR-Politik v. 28.4.

Die Reform des Wasserkopfes im Verteidigungsministerium führt keineswegs zur „Militarisierung des Militärs“. Denn den Primat der Politik für alles Militärische garantiert der zivile Verteidigungsminister zusammen mit dem Verteidigungsausschuss sowie der/dem Wehrbeauftragten des Bundestages – nicht die BMVg-Beamten. Über deren Rolle klagte schon der erste Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Friedrich Ruge, dass an die Stelle des Primats der Politik der Primat der Beamten getreten sei.

Dieter Hartwig, Kiel

Wie man falsch regiert

Zu: „Lindner verteilt um“, FR-Wirtschaft vom 21. April

Recht hat Dierk Hirschel, wenn er schreibt, dass die Methode Christian Lindner, Noch-FDP-Bundesfinanzminister, eine bekannte neoliberale Praxis ist. Mit den berühmten „Freiburger Thesen“ von 1971, dass auch das Soziale in der Gesellschaft berücksichtigt werden soll, hat Lindner nichts im Sinn: Lieber den teuersten Wein selbst saufen, aber Wasser predigen! Dabei hat er noch nicht mal seine Hausaufgaben erledigt, die ihm das Verfassungsgericht „als Befehl“ auferlegt hat: Die korrekte Besteuerung von Kapitalerträgen mit dem persönlichen Steuersatz von bis zu 42 Prozent statt einem verfassungswidrigen Steuersatz von 25 Prozent. Lindner ist die größte Fehlbesetzung des Jahrtausends: Null Ahnung von Finanzen und Grundgesetz, nur klientelpolitisches, amateurhaftes Denken aus dem vergangenen Jahrtausend. Was für ein Vorbild für die junge Generation, die er letztlich um ihre eigene Zukunft betrügt!

Lindner hat weder aus den jüngsten Krisen irgendetwas gelernt, noch ist er verfassungstreu. Er ist auf seinen persönlichen Vorteil bedacht. Es wird Zeit, dass die mündigen Wähler/innen ihm die Quittung servieren. Die nächsten Landtagswahlen sind eine gute Gelegenheit: Am 14. Mai sind Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft (Landtag). Der von mir geschätzte Bremer Wirtschaftsexperte und FR-Kolumnist Rudolf Hickel geht mit mir konform, dass der alte Steuertatbestand der korrekten Besteuerung von Kapitalerträgen Mehreinnahmen von mindestens zehn Milliarden Euro jährlich bringt. „Steuergerechtigkeit“ sieht anders aus! Hickel sprach in einer Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages von einer „Todsünde“.

Von 1995 bis 2017 war die FDP zwölf Jahre lang an der Fünf-Prozent-Hürde im Landtag gescheitert. Keiner in Bremen hat sie vermisst.

Klaus Jürgen Lewin, Bremen

Diskussion: frblog.de/ampel-fdp